

PROTOKOLL

über die 8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Mittwoch, den
14.03.2018,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: Rat/011/2018
Öffentliche Sitzung: 17:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Malte Stakowski

stellv. Vorsitzender

Gerhard Boßmann

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller
Mirco Bredenförder
Karl-Heinz Gerling
Bernd Gieshoidt
Heiko Christian Grube
Gerda Hövel
Harald Kruse
Jan Lütkemeyer
Dieter Niermann
Günter Oberschmidt
Bürgermeister Reinhard Scholz
Thomas Schulke
Christian Terbeck
Christina Tiemann
Ingo Weinert
Herla Wendelin-Feindt
Michael Weißler

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer
Jutta Dettmann
Wilhelm Hunting
Karin Kattner-Tschorn
Annegret Mielke
Mathias Otto
Uwe Plaß
Bernhard Schürmann
Axel Uffmann
Luc Van de Walle ab 17.20 Uhr
Erich Walkenhorst

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer
Silke Meier
Alfred Reehuis
George Trenkler
Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg
Peter Spiekermann
Ursula Thöle-Ehlhardt

Mitglied FDP-Fraktion

Johannes Marahrens
Heinrich Thöle

Mitglied DIE LINKE

Herbert Linnemann-Grundmann

von der Verwaltung

Stadtbaurat Holger Clodius
Stadtrat Dirk Hensiek
StOAR Klaus Leimbrock
StOAR Rainer Mallon
StOAR Karl-Wilhelm Möller
StOAR Uwe Strakeljahn
StAR Jürgen Detmer
StA Heike Warling
StAR Sandra Wieseemann
Dipl.-Ing. (FH) Torben Fuchs
Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke
M.Sc. Guido Kunze
StA Heike Wieseemann
StOI Melanie Feind
Mediensprecher Jürgen Krämer

ProtokollführerIn

StHS Kerstin Lehnig

Gäste

Gast/Gäste

Frau Holze - Vorsitzende des
Seniorenbeirates
Moritz Fuchs, Noel Guttman, Annamaria
Neb, Felix Wiesner - Mitglieder des Meller
Jugendparlamentes

Zuhörer

Presse
Zuhörer

Frau Grawe - Meller Kreisblatt
ca. 20 Personen

Abwesend:

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 13.12.2017
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Bericht des Seniorenbeirates
- TOP 7 Vorstellung Jugendparlament
- TOP 8 Förderrichtlinie für die Errichtung von Elektro-Ladesäulen in der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0044
- TOP 9 Abberufung des stellvertretenden hinzugewählten Mitgliedes für den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing
Vorlage: 2017/0320/1
- TOP 10 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2017 im Produkt "Zentrale Dienste 111-06"
Vorlage: 2018/0027
- TOP 11 Leistungsorientierte Bezahlung für Beamtinnen und Beamte
Vorlage: 2018/0037
- TOP 12 Richtlinie über das Verfahren zur Erlangung der Befähigung für die Übertragung eines Amtes ab der Besoldungsgruppe A 14 auf Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 2
Vorlage: 2017/0097
- TOP 13 Sanierung der Sporthalle Haferstraße
Vorlage: 2018/0017
- TOP 14 Überplanmäßige Aufwendungen für das Produkt 218-01 Gesamtschulen
Vorlage: 2018/0065
- TOP 15 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2017 im Produkt 541-01 Gemeindestraßen
Vorlage: 2018/0063
- TOP 16 Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" und Beitritt zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt" e.V.
Vorlage: 2018/0001
- TOP 17 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2016 der Stadt Melle
Vorlage: 2018/0032
- TOP 18 Finanzcontrollingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.12.2017
Vorlage: 2018/0033
- TOP 19 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 2018/0046
- TOP 20 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion;
Verstoß gegen die Handlungsempfehlung für das Aufstellen von Kunstwerken, Denkmälern und Gedenksteinen im öffentlichen Raum
Vorlage: 2018/0071
- TOP 21 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt alle Anwesenden. Sein besonderer Gruß gilt der Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Frau Ingrid Holze, sowie den Vertretern des Jugendparlamentes, Moritz Fuchs, Noel Guttmann, Annamaria Neb und Felix Wiesner. Zudem freue er sich über die Anwesenheit von Teilnehmern des Projektes „Schüler in der Kommunalpolitik“. Danach stellt er angesichts der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit von derzeit 39 Ratsmitgliedern und des Bürgermeisters die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 8. Sitzung des Rates in der Stadt Melle.

TOP 2 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)

- keine

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender teilt mit, dass der **TOP 8** (Kooperation mit innogy – Errichtung von drei E-Ladesäulen in Melle-Mitte Vorlage 2018/0042) von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Dieses sei allen Ratsmitgliedern bereits bekannt gegeben worden. Alle anwesenden Ratsmitglieder sind mit der Änderung einverstanden. Anschließend stellt Vorsitzender die Tagesordnung ohne weitere Einwendungen und Ergänzungen fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 13.12.2017

Das Protokoll wird mehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

- Bürgermeister informiert, dass der Kreistag des Landkreises Osnabrück am vergangenen Montag beschlossen habe, dem einstimmigen Votum der Stadt Melle zu folgen und das MEL Kfz-Kennzeichen wieder einzuführen. Dieses gelte ebenso für die Kennzeichen WTL und BSB.

- Bürgermeister berichtet über ein heutiges Treffen im Kreishaus bzgl. des Ausbaus der 380 kV Leitung. Eingeladen worden seien die betroffenen Kommunen Melle, Hilter, Bissendorf, Osnabrück und die Bürgerinitiativen aus diesen Bereichen. Die Fa. Amprion sei beauftragt worden, für das Raumordnungsverfahren Antragsunterlagen vorzulegen. Bürgermeister erinnert, dass vor einigen Jahren bereits ein Antrag erstellt worden sei. Danach habe es eine Änderung des Gesetzes zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) gegeben. Im Bundestag sei ein Beschluss gefasst worden, dass das EnLAG dahingehend geändert werde, die Stadt Melle in ein Projektvorhaben aufzunehmen und so die Möglichkeit einer Teilerdverkabelung in Erwägung zu ziehen. Die Unterlagen würden in der nächsten Woche dem Amt für regionale Landentwicklung überreicht. Der heutige Termin sei jedoch ernüchternd gewesen und im Ergebnis sei festzustellen, dass es für die Bereiche Wellingholzhausen und Borgloh nach Vorstellung der Fa. Amprion keine Erdverkabelung geben werde. Leider wurde nicht mitgeteilt, wieso es zu diesem Ergebnis gekommen sei. Die bestehende Trasse im Bereich Wellingholzhausen bleibe bestehen. Das Ziel, 400 Meter von den Siedlungsbereichen entfernt zu bleiben, sei vom Antragsteller verfehlt worden. Als

Begründung sei die hierbei geringere Anzahl der benötigten Masten genannt worden. Nach Sichtung der Unterlagen werde man in nächster Zeit mit der Gemeinde Hilter und den Bürgerinitiativen die weitere Vorgehensweise besprechen. Zusammenfassend stellt Bürgermeister fest, dass die Aufnahme als Pilotstrecke und die Änderung des EnLAGs für die Stadt Melle keine Auswirkung gehabt habe.

TOP 6 Bericht des Seniorenbeirates

Frau Holze berichtet aus der Arbeit des Seniorenbeirates. Sie teilt u. a. mit, dass man den Freizeitpark für alle Generationen im Grönenbergpark sehr begrüße. Für die Planungen seien entsprechende Kontakte aufgenommen worden und sie danke, dass der Seniorenbeirat einbezogen wurde. Frau Holze informiert zudem, dass der Wäschedienst im Krankenhaus sehr gut angenommen werde. Sie informiert ferner, dass als Erleichterung für die Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit dem Familienbüro Flyer in arabischer Sprache für die Meller Tafel erstellt worden seien. Vom Sozialamt sei eine Notfallmappe mit vielen wichtigen Informationen erarbeitet worden und diese könne für 5,00 € erworben werden. Zudem werde über die Möglichkeit nachgedacht, ein Rollatorentaining anzubieten. Abschließend berichtet Frau Holze, dass der Verein „Rentner helfen Rentnern“ 1995 gegründet worden sei, um sich ehrenamtlich zu engagieren und anderen Rentnern bei verschiedenen Dingen zu helfen und sie zu unterstützen. Ein sehr positiver Aspekt sei hierbei auch, dass sich Freundschaften bilden.

Vorsitzender dankt Frau Holze für die geleistete Arbeit des Seniorenbeirates und den heutigen Bericht.

TOP 7 Vorstellung Jugendparlament

Die Vertreter des Jugendparlamentes, Moritz Fuchs, Noel Guttmann, Annamaria Neb und Felix Wiesner berichten anhand einer Präsentation (s. Anlage 1) über Projekte, Aktionen und Veranstaltungen und geben einen Überblick über die Arbeitsweise des Jugendparlamentes. Abschließend bedanken sie sich bei Frau Tanja Werges für die gute Unterstützung bei diesen Aufgaben.

Vorsitzender dankt den Mitgliedern des Jugendparlamentes für die geleistete Arbeit und Moritz Fuchs, Noel Guttmann, Annamaria Neb und Felix Wiesner für die heutige Vorstellung des Jugendparlamentes.

Herr Grube spricht ebenfalls für die engagierte, generationsübergreifende ehrenamtliche Tätigkeit des Seniorenbeirates und des Jugendparlamentes seinen Dank aus.

TOP 8 Förderrichtlinie für die Errichtung von Elektro-Ladesäulen in der Stadt Melle Vorlage: 2018/0044

Herr Clodius erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Förderrichtlinie zur Errichtung von Elektro-Ladesäulen gemäß der den Erläuterungen beigefügten Anlage 1.

**TOP 9 Abberufung des stellvertretenden hinzugewählten Mitgliedes für den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing
Vorlage: 2017/0320/1**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing wird Herr Ansgar Klenke als stellvertretendes hinzugewähltes Mitglied abberufen.

**TOP 10 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2017 im Produkt "Zentrale Dienste 111-06"
Vorlage: 2018/0027**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 111-06 „Zentrale Dienste“ in Höhe von 115.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2017 werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 11 Leistungsorientierte Bezahlung für Beamtinnen und Beamte
Vorlage: 2018/0037**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Den Beamtinnen und Beamten der Besoldungsordnung A wird ab dem Jahr 2018 gem. § 53 Abs. 7 Nds. Besoldungsgesetz-NBesG) eine Leistungsprämie auf Grundlage der bestehenden Dienstvereinbarung für alle tariflich Beschäftigten gewährt.

**TOP 12 Richtlinie über das Verfahren zur Erlangung der Befähigung für die Übertragung eines Amtes ab der Besoldungsgruppe A 14 auf Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 2
Vorlage: 2017/0097**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig

Beschluss:

Die für eine Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A14 BBesG erforderliche Qualifizierung nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 NLVO wird für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Melle entsprechend der anliegenden Qualifizierungsrichtlinie bestimmt.

**TOP 13 Sanierung der Sporthalle Haferstraße
Vorlage: 2018/0017**

Herr Clodius erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Tiemann ergänzt, dass bereits gestern im Ausschuss für Gebäudemanagement das Thema beraten worden sei und diesbzgl. im Vorfeld eine Ortsbesichtigung erfolgte. Dabei sei für alle sichtbar gewesen, welche Schäden durch den Brand verursacht wurden und welche Arbeiten bereits ausgeführt worden seien. In der Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement sei dann eine einstimmige Empfehlung des Beschlussvorschlages ausgesprochen worden.

Herr Bredenförder teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimme. Einige der geplanten Maßnahmen hätten ohnehin in den nächsten Jahren durchgeführt werden sollen. Aufgrund des Brandschadens im Herbst letzten Jahres sei es notwendig geworden, die Halle zu schließen. Die Auswirkung für die Schulen und Vereine seien bis heute spürbar. Die Sporthalle sei über 40 Jahre alt und auch energetisch gesehen nicht zeitgemäß. Er weist darauf hin, dass es nach Instandsetzung der Halle nicht durch Veränderungen zu einer eingeschränkten Nutzbarkeit kommen dürfe. Wichtig sei, auf Brandschutz und Barrierefreiheit zu achten. Der Verkaufs- und Lagerungsbereich müsse sich aufgrund der Brandschutzbedingungen verändern. Es sei jedoch wichtig, diese für die Vereine wichtigen Bereiche zu erhalten. Außerdem sollte im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen eine Beschallungsanlage Berücksichtigung finden. In der vorliegenden Beschlussvorlage sei ein vernünftiger Deckungsvorschlag dargestellt worden. Neben der Versicherungssumme in Höhe von 250.000,00 € begrüße man auch den Förderansatz in Höhe von 500.000,00 € aus dem Förderprogramm KIP 2.

Frau Dettmann schließt sich der Aussage von Herrn Bredenförder an. Wichtig sei, mit den Maßnahmen schnell zu beginnen. Sie bedankt sich für die Solidarität der Sportvereine untereinander.

Herr Wüsthube teilt mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke-Gruppe dem Beschluss ebenfalls zustimme. Da es sich um die größte Sporthalle in Melle-Mitte handle, sei es wichtig, diese so schnell wie möglich wieder herzustellen. Zudem solle angestrebt werden, die Halle zu Beginn des Schuljahres 2019/20 fertigmachen zu lassen.

Herr Mittelberg betont, dass die vorliegende Beschlussvorlage sehr strukturiert und verständlich sei und bedankt sich hierfür beim Gebäudemanagement.

Herr Marahrens bemerkt, dass die Brandursache die Batterien für die Notstromversorgung gewesen sein solle. Er erkundigt sich, ob es diesbzgl. eine Überprüfung in den anderen Sporthallen gebe.

Herr Kunze informiert, dass diesbzgl. eine Überprüfung in den öffentlichen Gebäuden stattfände.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Sanierung der Sporthalle soll wie in der Stellungnahme zur Sach- und Rechtslage unter Pkt. 1.1 beschrieben vollumfänglich durchgeführt werden.
2. Die finanziellen Mittel werden für die Sanierung der Sporthalle Haferstraße als überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 1.550.000 € im Finanzhaushalt 2018 zur Verfügung gestellt.
3. In den Haushalt 2018 wird eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung über 700.000 € für das Haushaltsjahr 2019 aufgenommen.

**TOP 14 Überplanmäßige Aufwendungen für das Produkt 218-01
Gesamtschulen
Vorlage: 2018/0065**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Wüsthube unterstreicht, dass die IGS Melle zu einer Erfolgsgeschichte geworden sei. Der Landkreis Osnabrück habe der Einrichtung der IGS im Jahr 2011 jedoch nur unter Vorbehalt zugestimmt und einen Preis dafür gefordert. Damals habe sich die Stadt Melle mit 50 % an den Sanierungskosten beteiligt und zudem seien für das Jahr 2017 für jeden Schüler der IGS Schulsachkosten an den Landkreis Osnabrück in Höhe von 606,00 €/Schüler zu zahlen. Nach § 118 des Nieders. Schulgesetzes müsse der Landkreis den kreisangehörigen Kommunen Zuweisungen von mind. 50 % und höchstens 80 % dieser Schulsachkosten gewähren. Die Stadt Bramsche habe bei der Gründung einer Gesamtschule einen besseren Vertrag aushandeln können. Dort wurde der Anteil der potenziellen Gymnasiasten herausgerechnet. Dieses seien etwa 40 % und in dieser Höhe verringere sich auch die Zahlung der Stadt Bramsche an den Landkreis Osnabrück. Die Stadt Melle fordere nun zu Recht im Rahmen der Gleichbehandlung eine Anpassung des bestehenden IGS-Vertrages mit dem Landkreis Osnabrück. Im Vertrauen auf eine Anpassung 2017 sei ein gekürzter Betrag zu Grunde gelegt worden. Leider habe es bis heute kein Zugeständnis des Landkreises gegeben und man müsse ca. 264.000,00 € nachfinanzieren. Nur aufgrund der Tatsache, dass die Stadt Melle 2017 rund 200 Oberschüler mehr als IGS-Schüler habe, mache man unter dem Strich ein Plus von 130.000,00 €. Die Anzahl der Oberschüler und der IGS-Schüler werde sich jedoch demnächst voraussichtlich angleichen. Herr Wüsthube stellt fest, dass der Stadt Melle durch den Vertrag von 2011 ein Betrag von rund 530.000,00 € entgehe. Aufgrund der für die Stadt Melle nachteiligen Situation werde die Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke - Gruppe sich bei der Abstimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage enthalten. Zudem erwarte er weiterhin Verhandlungen in dieser Sache mit dem Landkreis Osnabrück. Er weist abschließend darauf hin, dass seit einiger Zeit immer mehr Schüler des Landkreises in den Meller Schulen aufgenommen würden. Dieses sei der Inklusion geschuldet und werde sehr begrüßt. Jedoch gebe es vom Landkreis für die betreffenden 59 Grundschüler keinen finanziellen Ausgleich und für die 66 Schüler an den Oberschulen nur einen Ausgleich von 50 %. Seiner Meinung nach sei der Landkreis aufgrund der Lastenverschiebung hier in der Pflicht, die Kommunen entsprechend zu entschädigen.

Herr Hensiek betont, dass die vorliegende Beschlussvorlage sich im Wesentlichen auf die haushaltsrechtliche Darlegung für den Jahresabschluss 2017 beziehe. Es gehe hierbei nicht darum, wie die Thematik abgewickelt werde. Um mögliche Zahlungen, die jedoch noch nicht entschieden seien, abwägen zu können, sei es wichtig, den vorliegenden Beschluss zu fassen.

Herr Hunting schließt sich der Aussage von Herrn Hensiek an. Er erinnert, dass seinerzeit auch die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion der Vereinbarung zugestimmt hätte. Daher halte er die jetzt immer wieder vorgetragene Kritik für unfair. Er betont, dass man sich von Seiten der Kreistagspolitiker weiterhin für eine Gleichbehandlung im Hinblick auf die IGS Bramsche einsetzen werde.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 35 Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt gemäß § 117 NKomVG die Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 218-01 (Gesamtschulen) in Höhe von 263.842,76 €.

**TOP 15 Überplanmäßige Aufwendungen für das Jahr 2017 im
Produkt 541-01 Gemeindestraßen
Vorlage: 2018/0063**

Herr Clodius erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die überplanmäßige Aufwendung für das Produkt 541-01 Gemeindestraßen in Höhe von 190.000 € für das Haushaltsjahr 2017 wird gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 16 Unterzeichnung der Deklaration "Biologische Vielfalt in
Kommunen" und Beitritt zum Bündnis "Kommunen für
biologische Vielfalt" e.V.
Vorlage: 2018/0001**

Herr Clodius erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Weßler teilt mit, dass es wichtig sei, ökologische und ökonomische Belange im Hinblick auf die Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Dieses entspreche auch dem Leitbild der Stadt Melle. Dabei würden Handlungsschwerpunkte verfolgt, in denen es um geplante und umzusetzende Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich der Stadt Melle und um Präventionen gegen die Auswirkungen von Starkregenereignissen gehe. Auch der Klimaschutz sei dabei ein wichtiger Punkt. Mit diesen Themen beschäftige man sich in den Ortsräten, den Fachausschüssen und dem Rat der Stadt Melle. Das zur Verfügung stehende Management unterstütze u. a. dabei, Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in den Grün- und Freiflächen, Arten und Biotopschutz und nachhaltige Nutzung von städtischen Flächen zu realisieren. Wichtig seien hierbei auch der Austausch der Kommunen untereinander und die Möglichkeit, auf die Erfahrung anderer zurückzugreifen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt, die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu unterzeichnen und dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. beizutreten.

**TOP 17 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2016 der
Stadt Melle
Vorlage: 2018/0032**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation (s. Anlage 2).

Herr Kruse teilt mit, dass es sich um einen umfassenden Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Melle am Ende des Jahres 2016 handele. Er bedankt sich hierfür bei allen Beteiligten.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle nimmt den Konsolidierten Gesamtabchluss 2016 des Konzerns Stadt Melle sowie den Prüfungsbericht über die Prüfung des Abschlusses zur Kenntnis.

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Gesamtabchluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2016 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1).

Gemäß § 129 Abs. 1. Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wird dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

TOP 18 Finanzcontrollingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.12.2017 Vorlage: 2018/0033

Herr Hensiek erläutert die Informationsvorlage anhand einer Präsentation (s. Anlage 3).

Herr Kruse teilt mit, dass festzustellen sei, dass das Amt für Finanzen korrekt und termingerecht gearbeitet habe und der Finanzcontrollingbericht zeitnah vorgestellt worden sei. Die Teilberichte für die einzelnen Ausschüsse wurden bereits oder werden in den nächsten Wochen mit den einzelnen Themen und Projekten vorgestellt. So sei man im finanziellen Bereich immer informiert und könne entsprechend handeln. Er dankt allen Beteiligten für die Erstellung des Finanzcontrollingberichts.

Herr Reehuis bemerkt, dass ein sehr erfreulicher Bericht vorgestellt worden sei. Man habe möglicherweise einen Überschuss im achtstelligen Bereich. Insgesamt hätte man Investitionen in Höhe von fast 30,0 Mio. € umsetzen können und eine tatsächliche Umsetzung im nennenswerten Bereich sei hier gelungen. Die Höhe der Haushaltsausgabereise läge bei 12,5 Mio. €. Eine komplette Umsetzung der Investitionen sei mit den vorhandenen Ressourcen und dem Personal jedoch auch schwierig. Positiv sei, dass man in 2017 keine neuen Kredite aufnehmen müssen. Damit habe man einen Schuldenstand in Höhe von ca. 36,0 Mio. €, obwohl im Vorfeld bereits über eine Summe von ca. 60,0 Mio. € diskutiert worden sei. Dieses sei eine gute Entwicklung.

Herr Hensiek weist nochmals darauf hin, dass derzeit noch nicht sicher sei, ob die Höhe des Jahresabschlusses sich tatsächlich im achtstelligen Bereich befinde. Die derzeitige Situation des Schuldenstandes läge an den noch nicht abgearbeiteten Maßnahmen. Zudem habe man immer noch einen erheblichen Finanzbedarf und die Verschuldung werde nach Abarbeitung der nötigen Maßnahmen steigen.

Herr Hunting betont, dass es auch aus Sicht der Politik eine vorsichtige Betrachtungsweise gebe. Das Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Politik sei hier sehr positiv. Er begrüßt, dass der Finanzcontrollingbericht zeitnah vorgelegt worden sei. So hätten alle Fachausschüsse nochmals die Gelegenheit, sich hiermit auseinander zu setzen und ggf. nach zu justieren. Für Investitionstätigkeiten habe ein Budget von bemerkenswerten 29,15 Mio. € zur Verfügung gestanden. Festzustellen sei, dass fast 20,0 Mio. € davon umgesetzt worden seien. Dieses sei eine beachtliche Zahl. Es sei jedoch wichtig, in Zukunft noch mehr Maßnahmen abzuarbeiten. Bzgl. der Höhe des Schuldenstands sei er optimistisch.

Herr Weinert teilt mit, dass man sich anhand des Finanzcontrollingberichts schnell einen Überblick verschaffen könne. Er halte es für richtig, dass die Investitionen angeschoben worden seien und die Verwaltung frühzeitig einen Überblick habe. Wichtig sei jedoch, in den Haushaltsberatungen für die folgenden Jahre möglichst nur umzusetzende Maßnahmen zu berücksichtigen, damit eine Annäherung an den Plan erzielt werden könne. So könnte man sich viele Diskussion sparen.

Herr Thöle ist der Meinung, dass die hohen Planüberträge oftmals durch die Politik zustande kämen, da nicht alle geplanten Maßnahmen von der Verwaltung umgesetzt werden könnten.

Man müsse die tatsächlich leistbaren Dinge im Auge behalten. Viele Maßnahmen könnten extern vergeben werden, da nicht alle Aufgaben von der Verwaltung leistbar seien. Er halte es für sinnvoll, in guten Jahren ggf. mehr Rücklagen zu bilden.

Herr Kruse teilt mit, dass es im letzten Jahr eine hohe Einnahmesituation durch Gewerbesteuer gegeben habe. Er dankt in diesem Zusammenhang den Gewerbetreibenden der Stadt Melle und allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Alle Mitglieder des Rates der Stadt Melle nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 19 Annahme von Zuwendungen Vorlage: 2018/0046

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Mittelberg teilt mit, dass bei zweckgebundenen Zuwendungen, die nur wenigen Bürgern dienen, das vorgesehene Verfahren strikt eingehalten und ein Höchstmaß an Transparenz geschaffen werden müsse. In der vorliegenden Anlage der Erläuterungen sehe er dieses in der vorletzten Position nicht. Das vorgeschriebene Verfahren sei hier nicht eingehalten worden, da die Deckenerneuerung bereits durchgeführt worden sei. Zudem sei der Vorgang in der Sitzung des Ortsrates Riemsloh am 26.02.2018 einigen Mitgliedern bereits bekannt gewesen, obwohl es noch keine Veröffentlichung gegeben habe. Außerdem sei durch die Zuwendung eine Maßnahme vorgezogen worden und somit evtl. die Prioritätenliste geändert worden sei. Herr Mittelberg stellt fest, dass diese Vorgehensweise nicht in Ordnung sei und der Vorwurf der Käuflichkeit im Raum stehe.

Herr Hensiek erklärt, dass die Beschlussfassung über die Annahmen von Zuwendungen der Korruptionsprävention diene. Das Thema sei in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft besprochen worden. Zukünftig werde es keine Leistungen mehr geben, bevor nicht der entsprechende Beschluss gefasst worden sei. Dieses habe jedoch zur Folge, dass z. B. vor Initiativen an Sportplätzen ein Beschluss gefasst werden müsse. Bei dem angesprochenen Vorgang des öffentlichen Straßenbaus sei es nicht darum gegangen, jemanden zu bevorteilen und die Leistung sei zu großen Teilen von der betroffenen Person finanziert worden.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 36 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der den Erläuterungen beigefügten Anlage 1 für die Stadt Melle.

TOP 20 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion; Verstoß gegen die Handlungsempfehlung für das Aufstellen von Kunstwerken, Denkmälern und Gedenksteinen im öffentlichen Raum Vorlage: 2018/0071

Vorsitzender informiert beginnend, dass der vorliegende Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion „Verstoß gegen die Handlungsempfehlung für das Aufstellen von Kunstwerken, Denkmälern und Gedenksteinen im öffentlichen Raum“ nicht im Verwaltungsausschuss vorbereitet worden sei. Aus diesem Grund könne heute keine Abstimmung, sondern nur eine Beratung erfolgen.

Herr Reehuis erläutert den vorliegenden Antrag seiner Fraktion und nimmt hierzu Stellung. Beginnend stelle sich die Frage, warum man eine Straße nach einer Person benenne. Professor Mittelstädt habe in einem Zeitungsartikel (MK 03.03.2018) festgestellt, dass Straßennamen zur Heimat gehörten. So würden in Melle oftmals Flurbezeichnungen für Straßenbenennungen gewählt. Er stelle auch fest, dass ein Kommunalparlament eine besondere Ehre erweise, wenn es die Namen verdienter und integer Mitbürger in sein Straßenverzeichnis aufnimmt, wenn diese für würdig befunden würden, in Form von Straßennamen im kollektiven Gedächtnis verankert zu werden. Es solle also durch die besondere Ehrung einer Person durch einen Straßennamen ein dauerhafter Ruhm ausgedrückt werden, der für die Nachwelt sichtbar bleibe. So solle diese Person für immer im Gedächtnis aller Menschen der Kommune bleiben. Aus diesem Grund habe man die Handlungsempfehlungen für das Aufstellen von Kunstwerken, Denkmälern und Gedenksteinen im öffentlichen Raum wörtlich festgelegt: „Die höchste Ehrung für eine Person stellt die Benennung einer Straße, eines Platzes oder einer Brücke im öffentlichen Raum dar.“ Herr Reehuis unterstreicht, dass man an diese Grundsätze sowohl vom allgemeinen gesellschaftlichen Verständnis, als auch durch die Handlungsempfehlung gebunden sei. Deutlich ausgedrückt hieße es, dass man mit einem eigenen Straßennamen Menschen ehrt, die sich um die Stadt Melle verdient gemacht hätten. Dieser Grundsatz müsse natürlich ausnahmslos gelten. Habe man eine Straße nach einer Person benannt, die diese Ehre nicht verdiene, dann würden andere Personen, nach denen Straßen benannt wurden direkt „in den Schmutz gezogen“. Zur Person Anton Schlecker sei festzustellen, dass Herr Schlecker zwischenzeitlich rechtskräftig verurteilt worden sei. Herr Reehuis zitiert aus dem Spiegel: *„Dass Anton Schlecker eine Insolvenz verursacht hat, ist nicht strafbar“, erklärt der Vorsitzende Richter Roderich Martis. Genau das hatte auch die Verteidigung und die Anklage mehrmals im Verlauf des Prozesses betont. Vor der Insolvenz aber hat Schlecker Geld zur Seite geschafft und so dem Zugriff der Gläubiger entzogen. Vorsätzlicher Bankrott in mehreren Fällen, lautet der Strafbestand. Millionen brachte Schlecker vor seinen Gläubigern in Sicherheit und verschob sie an seine Familie, als seinem Unternehmen längst die Zahlungsunfähigkeit drohte.“* Herr Reehuis stellt weiter fest, dass er der erstellten Vorlage für den Ortsrat am 08.04.2013 den Satz entnehme: „Herausragende Verdienste seinerseits für die Stadt Melle sind nicht ersichtbar.“ Und weiter heiße es: „Insbesondere hat die Firma auch bei der Stadt Melle Schulden hinterlassen, die wohl im Rahmen des Insolvenzverfahrens nicht mehr vollständig getilgt werden.“ Es sei also festzustellen, dass Herr Anton Schlecker rechtskräftig wegen betrügerischen Konkurses zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden sei. Herausragende Verdienste für Melle seien nicht erkennbar, vielmehr gebe es einen anzunehmenden finanziellen Schaden für die Stadt Melle. Er sei eben nicht der integere Bürger, der geehrt werden könne. Und damit verdiene er auch nicht die Ehre, dass eine Straße nach ihm benannt sei. Vielmehr verletze er die Anforderungen, die man sich in den Handlungsempfehlungen gegeben habe. Abschließend betont Herr Reehuis, dass er die Handlungsempfehlungen nach wie vor als richtig ansehe: „Die höchste Ehre, die wir einer Person erweisen können, ist die Benennung einer Straße nach ihr.“ Das sei mit Herrn Schlecker aber unvereinbar. Daher habe seine Fraktion den Bürgermeister aufgefordert, gegen den Verstoß der Handlungsempfehlungen vorzugehen. Da man über den formulierten Beschlussvorschlag seiner Fraktion aber hier und heute aus formalen Gründen nicht abstimmen könne, weil der Verwaltungsausschuss den Antrag nicht vorbehandelt habe, stelle er den Antrag auf Rückweisung in den Verwaltungsausschuss und Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Melle.

Bürgermeister teilt mit, dass es bei diesem Thema um eine originäre Zuständigkeit des Ortsrates gehe und der Bürgermeister kein Durchgriffsrecht habe. Er erklärt, dass die Handlungsempfehlung nicht vom Rat der Stadt Melle beschlossen worden sei, sie bilde daher auch keine Rechtsnorm. Der Rat sei in diesem Fall nicht zuständig, da er nicht über die Rechtmäßigkeit von Ortsratsbeschlüssen zu bestimmen haben. Auch könne er nicht den Bürgermeister auffordern, Einspruch einzulegen. Dieses Recht obliege nach NKomVG §§ 85

u. 88 dem Organ des Bürgermeisters. Halte dieser den Ortsratsbeschluss für rechtswidrig, so habe er die Kommunalaufsichtsbehörde zu verständigen und den Verwaltungsausschuss zu unterrichten. Voraussetzung zur Pflicht zum Handeln des Bürgermeisters sei es, dass er den subjektiven Eindruck habe, dass der Beschluss rechtswidrig sei. Aus den vorliegenden Unterlagen und Protokollen der Ortsratssitzung zu diesem Thema sei deutlich geworden, dass es eine sehr ausführliche Ermessensabwägung gegeben habe und eine politische Mehrheit für die Entscheidung zum Erhalt des Straßennamens gefunden worden sei.

Vorsitzender stellt fest, dass der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion als Geschäftsordnungsantrag zu sehen sei, mit dem beantragt werde, den Antrag nicht heute zu beraten, sondern an den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Herr Reehuis bemerkt, dass gegen eine heutige Diskussion nichts einzuwenden sei, er fordere jedoch eine Rückverweisung in den Verwaltungsausschuss und die nächste Sitzung des Rates der Stadt Melle.

Bürgermeister erklärt, dass der vorliegende Antrag für die letzte Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.03.2018 nicht fristgerecht eingegangen sei und aus diesem Grund dort, unabhängig von der Zuständigkeit, nicht beraten worden sei.

Herr Marahrens wundert sich, dass ein demokratisch mehrheitlich gefasster Beschluss eines Ortsrates durch eine Partei in Frage gestellt werde. Sollte es zu einer Umbenennung der Anton-Schlecker-Straße kommen, so werde gegen § 1 der Nieders. Kommunalverfassung verstoßen, der da laute: „Die Gemeinden verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern.“ Er führt weiter aus, dass alle Anlieger gegen eine Umbenennung seien. Für die dort ansässigen Firmen käme es zu zusätzlichen Kosten und evtl. zu Geschäftsschädigungen. Das Wohl der Anlieger müsse bedacht werden und sei am wichtigsten.

Vorsitzender hinterfragt beim Antragsteller, ob es eine Abstimmung auf Rückverweisung in den Verwaltungsausschuss geben solle.

Herr Reehuis teilt mit, dass es keine Abstimmung darüber geben solle.

Herr Hunting erinnert, dass er in der letzten Ratssitzung an alle appelliert habe, den Namen Anton Schlecker aus dem Straßenverzeichnis der Stadt Melle zu streichen. Es werde immer nur von den Anliegern der Straße gesprochen, jedoch seien seiner Meinung nach bestimmt $\frac{3}{4}$ aller 48.000 Meller Einwohner gegen den Straßennamen. Hier habe man die Verpflichtung, den Willen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Er bittet darum, dass alle noch einmal über dieses Thema nachdenken und dann eine endgültige Entscheidung getroffen werde. Zudem solle man bedenken, dass die Person Anton Schlecker nicht so viel wert sei, dass man immer wieder darüber spreche.

Frau Hövel bemerkt, dass der vorliegende Antrag einen ordnungsgemäß gefassten Beschluss des Ortsrates aufheben solle. Es sei bemerkenswert, wie wenig die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion den im Ortsrat gefassten Beschluss respektiere. Als Ortsbürgermeisterin des Ortsrates Melle-Mitte sei festzustellen, dass die Mehrheit der Mitglieder des Ortsrates sich nach eingehender Vorbereitung gegen eine Umbenennung der Anton-Schlecker-Straße ausgesprochen hätten. Man habe keine Entscheidung treffen wollen, die für die Beteiligten eine große Belastung darstelle. Es gehe dabei vorrangig nicht darum, den Straßennamen zu behalten, sondern den Wünschen der Anlieger zu entsprechen.

Herr Marahrens unterstreicht nochmals, dass er mit Anliegern der Anton-Schlecker-Straße gesprochen habe und diese gegen eine Umbenennung seien. Gegen diesen Wunsch werde man die Straße nicht umbenennen.

Vorsitzender erinnert nochmals, dass es zu diesem TOP keine Abstimmung gebe.

TOP 21 Wünsche und Anregungen

- Vorsitzender teilt mit, dass die heutige Sitzung des Rates der Stadt Melle zum ersten Mal unter dem neuen Pächter des Forums Melle stattfindet und er hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Vorsitzender dankt allen Anwesenden für das Interesse und schließt die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle.

gez. M. Stakowski
Vorsitzender
(Datum, Unterschrift)

gez. R. Scholz
Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

gez. K. Lehnig
Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)